

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(1)

Die Weltsituation aus chinesischer Sicht

Huan Xiang, der Hauptgeschäftsführer des Forschungszentrums für internationale Fragen beim Staatsrat, brachte in der Silvesterausgabe der *Volkszeitung* (RMRB, 31.12.87) eine grundlegende politische Analyse der heutigen Weltsituation, die die Auffassung der chinesischen Regierung widerspiegeln dürfte.

Hier die Kernaussagen: Der INF-Vertrag macht eine begrenzte Entspannung über längere Zeit möglich. Qualitativ neu an dem Vertrag ist nicht die Menge der zu vernichtenden Nuklearwaffen, sondern die Tatsache, daß zum ersten Mal seit dem Aufkommen von Nuklearwaffen eine ganze Atomwaffengattung vollständig vernichtet werden soll. Dies könne auch zu einer neuen Qualität der Entspannung beitragen.

Die beiden Gegner seien zu diesem Schritt weniger durch politische Weisheit veranlaßt worden (einschlägige Überlegungen habe es ja schon seit Jahrzehnten gegeben), sondern durch die astronomischen - nicht mehr verkraftbaren - Ausgaben für den Rüstungswettlauf, der die USA allein in Reagans beiden Amtsperioden zwischen 2.000 und 3.000 Mrd. US\$ gekostet habe.

Der INF-Vertrag ist, zweitens, eine weitere Markierung auf dem langen Weg zur Multi-Polarisierung der Welt. Zwar werden die USA versuchen, ihre Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten; da Europa jedoch eine Abkoppelung von der amerikanischen Verteidigung befürchte, werde es sich künftig stärker auf seine eigenen Kräfte konzentrieren. Ähnliche Entwicklungen vollzögen sich in Osteuropa. Der wirtschaftlichen Multi-Polarisierung, die schon seit längerer Zeit eingesetzt hat, könnten also schon in den nächsten Jahren die politische und die militärische Multi-Polarisierung folgen. Die zwei Hauptmerkmale der weiteren Entwicklungen seien erstens

eine weitere Schwächung der Vormachtstellung der beiden Supermächte und zweitens deren Versuch, sich künftig wieder verstärkt auf die eigene Entwicklung - und zwar hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich - zuzuwenden, um auf diese Weise ihre Leistungsfähigkeit wieder zu erhöhen.

Drittens könne der INF-Vertrag auch zur langfristigen Lösung regionaler Konflikte beitragen, da es ja nun einmal eine Tatsache sei, daß hinter den meisten lokalen Konflikten die beiden Supermächte als Gegner stünden. Gössen sie kein Öl mehr ins Feuer, gingen die Flammen überall zurück. Eine Ausnahme bilde hier lediglich der Iran-Irak-Krieg, der weitgehend autochthonen Charakters sei und deshalb vermutlich noch lange Zeit fortduere.

Was das Dreieck China-USA-Sowjetunion anbelange, so gebe es hier seit Jahren eine relativ stabile Entwicklung, die allerdings immer wieder Belastungen ausgesetzt sei, so z.B. das amerikanisch-chinesische Verhältnis durch häufige Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten Chinas und durch die Weigerung, den Technologie-Transfer nach China auszuweiten. Das chinesisch-sowjetische Verhältnis werde nach wie vor durch die "drei großen Hindernisse" belastet, die in ihrem Kern fortbeständen.

In Europa bleibt die Abrüstungsfrage im Mittelpunkt des politischen Geschehens. Verhandelt wird dort auf drei Ebenen. Eine schnelle Lösung ist nicht absehbar.

Anders im asiatisch-pazifischen Raum, wo dynamische Entwicklungen im Entstehen sind:

Da sei einmal Japan, das es inzwischen zum größten Gläubigerland der Welt gebracht habe und dessen Wirtschaftskraft sich in politischen Einfluß umsetzen lasse. Die Sowjetunion andererseits sei im asiatisch-pazifischen Raum kein überragender Machtfaktor, weil ihr Wirtschaftseinfluß hier gering ist und es wohl auch noch lange Zeit bleiben wird. Ihre Pazifikflotte und ihre Militärstützpunkte in Vietnam könnten diesen Nachteil nicht wettmachen.

Höchst dynamisch sei andererseits die Wirkung der "Vier kleinen Tiger" (Süd-Korea, Taiwan, Singapur und Hongkong), die bald noch

durch Thailand und Malaysia ergänzt werden könnten, so daß es dann fünf oder sechs "kleine Tiger" wären.

Fünftens werde das heutige internationale System in höchst ambivalenter Weise durch Konkurrenz und Koexistenz bestimmt. Dieses Konkurrenz-Koexistenz-Syndrom sei neben der bereits erwähnten Multi-Polarisierung und neben der Tatsache, daß es "zwei Systeme in einer Welt" gebe, das Hauptcharakteristikum der heutigen Weltlage. "Konkurrenz" bestehe zwischen den beiden Supermächten, zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb der westlichen Welt, z.B. zwischen Europa und Japan. Die Konkurrenz überwiegt die Koexistenz; von einer Periode der Koordination sei die Entwicklung noch weit entfernt. Allgemein verlaufe der Gesamtprozeß in der Reihenfolge "Konkurrenz - Konflikte - Koordination - erneute Konkurrenz - erneute Konflikte - erneute Koordination". Ein Beispiel dafür seien die Wechselkursregulierungen zwischen dem US\$, der DM und dem japanischen Yen in den letzten Jahren.

Konkurrenz führe, ganz im Gegensatz zu früher, in der heutigen Zeit nicht mehr zum Krieg, der sich wegen der atomaren Gefahr eigentlich von selbst verbiete. Insofern kann dann doch wieder von Koexistenz die Rede sein. Unsere Zeit ist eine Epoche des Strebens nach Frieden und Entwicklung - ganz gewiß jedoch noch keine Zeit des Friedens und der Entwicklung.

Was, sechstens, China anbelangt, so müsse es versuchen, durch vorrangige Entwicklung der Wirtschaft einen gebührenden Platz in der heutigen Welt zu erreichen. Es gelte die Richtlinie, primär auf eigenen Beinen zu stehen. Allerdings könne das Land zumindest während der nächsten zehn Jahre nicht auf Auslandshilfe verzichten. Höchst störend wirke es sich hierbei aus, daß die USA und Japan beim Technologietransfer nach China sich höchst restriktiv verhielten. Allgemein gesprochen, sei die Reform eine große Strömung in der heutigen Welt. Der Geist der XIII. Parteitages der KPCh stimme deshalb völlig mit dieser weltweiten Tendenz überein. -we-

***(2)
Drei "Ungleichgewichte" in der Weltwirtschaft**

Am Jahresende 1987 stellte Xinhua (XNA, 29.12.87) "drei Disproportionen in der Weltwirtschaft" fest, nämlich das Ungleichgewicht im Haushalt der USA, das weltweite Auswirkungen nach sich ziehe, das Ungleichgewicht im Handel zwischen mehreren Industrienationen und den USA und drittens, das Ungleichgewicht zwischen Süd und Nord, das sich nicht nur in einer gewaltigen Verschuldung vieler Länder des Südens, sondern auch in einem sich erweiternden Gefälle zwischen hochentwickelten und Entwicklungs-Nationen manifestiere.

Die Perspektiven der Weltwirtschaft für 1988 seien düster (XNA, 21.12.87). Auch China werde von den Auswirkungen, nicht zuletzt auch den Folgen des Aktiensturzes, kaum unberührt bleiben. Da der Anteil der Volksrepublik am Weltmarkt allerdings nur klein sei, könnten auch die Erschütterungen besser verkraftet werden als von weltmarktabhängigen Ländern wie Hongkong oder Singapur.

Die Schwankungen im Weltfinanzsystem könnten ausländische Investitionen in China beeinträchtigen und auch Chinas Devisenreserven beeinflussen; deshalb werde China seine US\$-Reserven verringern.

Der Aktiensturz an der Weltbörse hat nach chinesischer Ansicht mit den US-Defiziten nur am Rande zu tun; er sei vielmehr Ausdruck einer natürlichen Readjustierung der durch Spekulationen übermäßig hoch getriebenen Aktienwerte gewesen. -we-

***(3)
Meinungsumfrage in China zu außenpolitischen Themen**

Das neugegründete regierungseigene Meinungsforschungsinstitut hat im Dezember 1987 an einen repräsentativen Personenkreis mehrere Fragen zu außenpolitischen Themen gestellt, von denen hier drei Beispiele zitiert seien:

Frage 1: "Manche Leute meinen, daß der Rüstungswettlauf zwischen den beiden Supermächten die Hauptbedrohung des Weltfriedens darstelle, und rufen daher zur Abrüstung und zur Vernichtung der Kernwaffen auf. Schließen Sie sich dieser Aussage an?"

65.8% der Befragten antworteten mit "ja", 3.5% verneinten, der Rest war sich unschlüssig.

Frage 2: "Es wird prophezeit, daß sich das Zentrum der Weltzivilisation vom atlantischen Großraum auf den pazifischen Großraum verlagert und daß die USA, Japan, China und Südostasien im kommenden Jahrhundert das neue Wirtschafts- und Kulturzentrum der Welt bilden. Sind Sie auch dieser Meinung?"

63.3% der Befragten waren sich unschlüssig, verstanden die Frage nicht oder gaben keine Antwort. Nur 32.2% antworteten mit "ja", 4.5% mit "nein".

Frage 3 richtete sich darauf, ob die Reformen in der Sowjetunion positiv zu beurteilen seien.

50.8% der Befragten verhielten sich unschlüssig, da sie entweder keine genauen oder überhaupt keine Vorstellungen vom dortigen Reformprogramm hatten. 28.4% antworteten mit "ja", 2.4% mit "nein".

In einer Bewertung des Instituts heißt es, daß die Fragen umso bejahender ausfielen, je höher das Bildungsniveau der Befragten gelegen habe (BRu 1988, Nr. 5, S.8, 34). -we-

***(4)
Bewegung für Frieden und Abrüstung**

Die chinesische Regierung legt Wert auf die Feststellung, daß sie aus eigener Initiative inzwischen eine Reihe von innenpolitischen Maßnahmen für die Entmilitarisierung eingeleitet habe. So seien seine Truppen beispielsweise 1985 um 1 Mio. Mann reduziert worden. Ferner komme es zur laufenden Kürzung der Militärausgaben sowie zur Umstellung einiger Rüstungsbetriebe auf Zivilproduktion.

1985 wurde ferner die "Gesellschaft des chinesischen Volkes für Frieden und Abrüstung" gegründet und zwar als regierungsunabhängige Institution, die von 24 allchinesischen Organen getragen wird, z.B. der Gesellschaft für internationale Verständigung, dem Gewerkschaftsbund, der Jugendliga, dem Frauenbund, der Freundschaftsgesellschaft, der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, dem Chinesischen Roten Kreuz, der Song Jingling-Stiftung, der Vereinigung der Buddhisten Chinas sowie der Patriotischen Vereinigung der chine-

sischen Katholiken. Ziel der Gesellschaft ist es, in Zusammenarbeit mit entsprechenden Vereinigungen anderer Länder für die Wahrung des Weltfriedens, die vollständige Abrüstung, das allseitige Verbot und die Vernichtung der Atomwaffen sowie für die Bekämpfung des Wettrüstens einzutreten.

Die Gesellschaft hat bisher veranstaltet:

- Eine Ausstellung, auf der die Folgen der beiden Atombomben über Japan gezeigt wurden,
- die Herausgabe einer englischsprachigen Zeitschrift *Peace* als Medium für den Informationsaustausch,
- die Veranstaltung eines Jugend-Fußballwettkampfes um einen "Friedens"-Pokal,
- die Aufnahme von Beziehungen mit 170 Friedensorganisationen in mehr als 40 Ländern (BRu 1987, Nr. 52, S.8 f.).

Ob die Gesellschaft auch den chinesischen Waffenhandel zum Versiegen bringen wird - z.B. den massenhaften Verkauf von Billigwaffen an Länder der Dritten Welt und nicht zuletzt die Lieferung von "Seidenraupen"-Raketen an den Iran (vgl. dazu die einschlägige Übersicht in diesem Heft), ist eine Frage, die nicht zu verneinen ist. -we-

WESTEUROPA

***(5)
Chinabesuch des Papstes?**

Am 19. November 1987 kehrte der philippinische Kardinal Sin nach einem neuntägigen Chinabesuch nach Manila zurück. Seine Visite erfolgte auf Einladung der chinesischen Freundschaftsgesellschaft hin. Sin traf u.a. mit Zhao Ziyang zusammen und sprach mit zahlreichen anderen Regierungsrepräsentanten über die Beziehungen Chinas zur Katholischen Kirche. Er, Sin, habe Zhao vorgeschlagen, China möge mehrere Bischofskandidaten nennen, und der Vatikan wähle dann einen dieser Namen aus. Diese Praxis sei weltweit üblich und könne keineswegs als Einmischung in innere Angelegenheiten gewertet werden. Zhao habe versprochen, die Frage prüfen zu lassen.

Er, Sin, habe den Eindruck, daß die meisten Bischöfe der Patriotischen Kirche Chinas "der Kirchenlehre über den Supremat des Heiligen Vaters tief in ihrem Herzen

zustimmen". Zwischen China und dem Vatikan gebe es eigentlich nur zwei Probleme, nämlich das der "Einmischung" und die Taiwan-Frage - Rom unterhält mit Taipei nach wie vor offizielle Beziehungen. Beide Fragen könnten jedoch durch einen Dialog gelöst werden.

Sin reiste nicht nur als Vertreter des Vatikans nach China, sondern besuchte auch seine eigene Verwandtschaft in Xiamen. Dort weihte er u.a. eine Bank ein, die einem philippinischen Auslandschinesen - im Alleineigentum! - gehört (Radio Veritas, Manila in MD Asien, 20.11.87, S.3).

Am 22. November führte ein Sprecher der Katholischen Kirche in Hongkong aus, daß von "einem dritten Land" Vorbereitungen für einen Besuch des Papstes in China getroffen werden - möglicherweise im Jahre 1989. Mit dem "dritten Land" können nach Lage der Dinge eigentlich nur die Philippinen gemeint sein, deren höchster Kirchenvertreter, Kardinal Sin, gerade die VR China besucht hat. Als Bischof von Manila war Kardinal Sin der höchstrangige Prälat der römisch-katholischen Kirche, der in den letzten Jahren in die Volksrepublik kam - und der eben, wie gesagt, von Chinas höchstem Parteimanng empfangen wurde (zu den Berichten: South China Morning Post, 23.11.87).

Die Katholische Kirche wurde 1951 im Zuge der Kampagne "Widerstand gegen die USA, Hilfe für Korea" heftigen Verfolgungen ausgesetzt und dann in eine Patriotische Massenorganisation umgewandelt, die dem Grundsatz der "drei Unabhängigkeiten" (in administrativer, pastoraler und finanzieller Hinsicht) verpflichtet ist. Schätzungsweise gibt es in China drei Millionen Katholiken. Die Nicht-Anerkennung des Vatikans äußert sich u.a. in der autonomen Ernennung von Bischöfen sowie in der Nicht-Übernahme der vom Vatikan beschlossenen Kirchenreformen. U.a. wird die katholische Messe in China beispielsweise nach wie vor in Latein gelesen.

Das Außenministerium in Beijing wiederholte in der Zwischenzeit die altbekannten Bedingungen für eine Normalisierung, daß nämlich der Vatikan seine Kontakte zu Taiwan abbrechen, die Regierung in Beijing als die einzig rechtmäßige Vertretung aller Chinesen anerkennen und sich aus Chinas inneren

Angelegenheiten heraushalten müsse. Der letztere Hinweis bezieht sich in erster Linie auf Interventionen des Vatikans zugunsten von Priestern und katholischen Laien, die während und nach der Kulturrevolution in chinesischen Gefängnissen eingekerkert wurden. Bei seinem Besuch hat Kardinal Sin den Fall des Bischofs Joseph Fan Xuean (79) zur Sprache gebracht, der 1984 für zehn Jahre ins Gefängnis geworfen worden war, da er im geheimen Priester geweiht habe (IHT, 13.11.87).

Die Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken und das kommunistische China hatten ihre Beziehungen zum Vatikan i.J. 1957 abgebrochen.

Inzwischen hat die chinesische Regierung ihre Zustimmung erteilt, daß die Chinesische Patriotische Katholische Vereinigung ein Denkmal für den ersten katholischen Missionar, den Jesuiten Matteo Ricci, errichtet, der mit seiner Tätigkeit auf chinesischem Boden i.J. 1583 begann. Das Denkmal sei, wie es heißt, ein Beweis dafür, daß in China Religionsfreiheit herrsche.

Ricci erstrebte eine Synthese von Katholizismus und Konfuzianismus, fand damit jedoch nicht die Billigung des Vatikans. Als er 1610 in Beijing starb, hinterließ er eine christliche Gemeinde von 2.500 Mitgliedern. Sein Grab, das während der Kulturrevolution von den Roten Garden beschädigt worden war, ist erst kürzlich von den Behörden restauriert worden.

Aufgrund des in China so stark ausgeprägten Sinns für indirekte Aussagen kann man der Errichtung des Ricci-Denkmal zum mindesten zwei Informationen entnehmen: Erstens hat man Interesse, mit dem Vatikan wieder ins Gespräch zu kommen, zweitens will man dem Geist Riccis folgen und die chinesischen Eigenkomponenten beibehalten. -we-

AFRIKA UND NAHOST

*(6)

Die Palästinafrage erneut im Brennpunkt

China, das seit Jahren mit der PLO enge Beziehungen unterhält, zeigt sich positiv beeindruckt von den palästinensischen Massendemonstrationen gegen die "israelische Okkupation arabischer Gebiete",

die im Herbst 1987 einsetzten. Das palästinensische Volk verfolge klare und gerechte Ziele, nämlich die israelische Okkupation zu beseitigen und einen eigenen Staat zu gründen.

Vor allem Ägypten habe bei der Lösung der Palästinafrage inzwischen wieder Gewicht bekommen. Es verfolge vier Ziele, die von den meisten Staaten, u.a. den Ländern der EG, unterstützt würden, nämlich die Einstellung der israelischen Siedlungsunternehmen, die Respektierung der Freiheit und der politischen Rechte des palästinensischen Volkes, eine internationale Sicherheitsgarantie für das palästinensische Volk und die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten.

Israel sei inzwischen international weitgehend isoliert und finde nicht einmal noch bei seinen Hauptverbündeten, den USA, für seine Maßnahmen Verständnis (XNA, 2.,9. und 12.1.88). Auch unter den israelischen Soldaten selbst komme mittlerweile Widerwillen gegen die Okkupationsmaßnahmen auf. Was die Bevölkerung als Ganzes anbelangt, so müssen die 3.5 Mio. Einwohner des kleinen Landes eine Armee von 700.000 Soldaten tragen. Außerdem hätten alle Staatsbürger Israels zwischen 18 und 55 Jahren jedes Jahr zumindest einen Monat lang Militärdienst zu leisten. Die Militärausgaben von über 5 Mrd. US\$ fräßen etwa ein Siebtel der jährlichen Gesamtausgaben auf, so daß pro Kopf jährlich rund 1.000 US\$ geleistet werden müssen (XNA, 2.1.88).

Im Westjordanland und im Gaza-Streifen seien die israelischen Truppen außerdem in ein Dilemma geraten: Ausgebildet im Kampf gegen arabische Panzer oder Flugzeuge seien die Soldaten unfähig, auf Steinwürfe von Teenagern angemessen zu reagieren (XNA, 22.1.88). Besonders ungerecht sei die Ausweisung von Palästinensern durch das israelische Militär (RMRB, 16.1.88). Die Tötung von Zivilisten durch israelische Truppen empörten die internationale Gemeinschaft. PLO-Führer Arafat habe zu Recht an die UNO appelliert, die palästinensischen Zivilisten vor den "brutalen Aktionen Israels" zu schützen.

Die israelischen "Behörden" verfolgten seit 23 Jahren eine Expansionspolitik, in deren Verlauf sie das Westufer des Jordans und den

Gaza-Streifen besetzten. Je mehr Zwang freilich ausgeübt werde, desto stärker wachse der palästinensische Widerstand. Die Palästinafrage könne nicht mehr militärisch, sondern nur noch politisch gelöst werden. Dies werde seit Beginn der 80er Jahre zu Recht von den meisten arabischen Ländern gefordert. Israel aber habe taube Ohren gezeigt und geglaubt, die durch den Golfkrieg entstandene günstige Lage ausnutzen zu können, um sein Besetzungswerk zu vollenden. Die neuerlichen Massendemonstrationen jedoch hätten einen Strich durch diese Rechnung gemacht. -we-

*(7)

Der Iran und die "Seidenraupen"

Obwohl die VR China offiziell immer wieder leugnet, Raketen vom Typ "Seidenraupen" an den Iran geliefert zu haben, hat sie im November 1987 doch indirekt zugegeben, daß Raketen aus chinesischer Produktion in den Iran gelangt seien, allerdings ohne ihr Zutun. Dies konnte Unterstaatssekretär Michael Armacost vom amerikanischen Außenministerium bei Gesprächen mit chinesischen Regierungsmitgliedern feststellen. Armacost erklärte auf einer Pressekonferenz in Beijing Anfang November 1987, daß China zwar bestreite, Waffen direkt an den Iran geliefert zu haben, es wolle aber in Zukunft verhindern, daß chinesische Waffen über Drittländer dorthin umgeleitet würden.

US-Dienststellen haben ferner erfahren, daß bereits im Sommer 1986 über 100 iranische Soldaten an Seidenraupenraketen ausgebildet worden seien. Bei der Seidenraupe handelt es sich um die Kopie einer sowjetischen Anti-Schiffsrakete ("Styx") mit einer Reichweite von etwa 80 km. Eine dieser Raketen hatte bereits am 16. Oktober den unter US-Flagge fahrenden Tanker "Sea-Isle City" getroffen. Die Waffenverträge zwischen China und dem Iran haben vermutlich einen Wert von 400 Mio. US\$.

Amerikanische Militärkreise gehen davon aus, daß China in Zukunft in den Iran noch gefährlichere Raketen liefern wird. Die US-Regierung, die eine Politik des weltweiten Waffenembargos gegen den Iran betreibt, hat bei chinesischen Regierungsstellen bereits vorbeugend Protest eingelegt. Überhaupt scheinen die chinesi-

schen Waffenlieferungen an den Iran zu einer wachsenden Belastung des US-chinesischen Verhältnisses zu werden. Die US-Regierung geht davon aus, daß heute schon etwa zwei Drittel aller militärischen Lieferungen an den Iran aus China stammen, ob es sich nun um Artillerie- oder Mörsermunition, Anti-Panzerwaffen und - vielleicht sogar - Flugzeuge handelt.

Um den Ernst ihrer Warnungen zu unterstreichen, hat die amerikanische Regierung bereits am 22. Oktober 1987 den Export von hochentwickelter US-Technologie nach China verboten (IHT 26. u. 27.12.1987).

In ihrem offiziellen Erklärungsverhalten zeigt sich die chinesische Seite verärgert über die grundlosen amerikanischen "Erfindungen" hinsichtlich der Lieferung chinesischer Raketen an den Iran. Als ein amerikanischer Journalist bei einer Pressekonferenz Anfang November 1987 in Beijing den Sprecher des chinesischen Außenministeriums aufforderte, zu Berichten amerikanischer Zeitungen Stellung zu nehmen, daß China an den Iran 96 Raketen verkauft habe und daß chinesische Militärexperten im Iran bei der Handhabung von Seidenraupenraketen behilflich seien, antwortete dieser erneut, daß all diese Gerüchte völlig grundlos seien. China als größten Waffenlieferanten an den Iran zu bezeichnen, sei wirklich "lächerlich". China protestierte entschieden gegen den Versuch, ihm die Verantwortung für die Eskalation von Spannungen im Golf aufzuhalsen.

Auf die zusätzliche Frage, ob es stimme, daß China eine zweite Schiffsladung von Seidenraupenraketen (womöglich über Häfen in Nord-Korea) an den Iran liefern und außerdem über einen Mittelsmann in Hongkong Artilleriemunition an den Golf schaffen wolle, erwiderte der Sprecher abermals, daß eine solche Annahme aus der Luft gegriffen seien (XNA, 4.11.87).

Ergänzend führte der Botschafter der VR China in den USA, Han Xu aus, China werde nicht zulassen, daß Seidenraupenraketen auf dem internationalen Markt verkauft würden. Han kündigte an, sein Land werde im UNO-Sicherheitsrat für ein Waffenembargo gegen den Iran stimmen, wenn eine Mehrheit der 15 Ratsmitglieder für einen derartigen Beschluß eintrete. -we-

ASIEN

*(8)

China betrachtet die Anwesenheit indischer Truppen auf Sri Lanka als "Intervention"

Im Juli 1987 wurde zwischen dem indischen Premier Rajiv Gandhi und dem ceylonesischen Ministerpräsidenten Jayewardene ein "Friedensabkommen" unterzeichnet, dessen Ziel es ist, den Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen zu beenden. Hauptpunkte sind das Zugeständnis Colombos, den Tamilen mehr Autonomierechte einzuräumen, während sich Indien im Gegenzug verpflichtet hat, tamilischen Terroristen auf eigenem Territorium keine Basen mehr einzuräumen und des weiteren die Tamilen auf Sri Lanka zu zwingen, ihre Waffen niederzulegen. Mit vereinbart wurde ein Waffenstillstand, eine Generalamnestie für Tamilen und die Stationierung mehrerer Tausend indischer Soldaten im Nordosten Sri Lankas, deren Aufgabe es sein sollte, die Durchführung des Friedensabkommens zu garantieren. Kriegsschiffe beider Länder sollten außerdem in der Palk-Straße patrouillieren, um den Nachschub für die tamilischen Rebellen zu unterbinden.

Bisher hat das Abkommen keine Ruhe gebracht. Immer wieder kommt es zu Morden und gegenseitigen Übergriffen; auch haben die Tamil Tigers nur einen Bruchteil ihrer Waffen abgeliefert. Seit August 1987 ist die Zahl der indischen Soldaten auf Sri Lanka deshalb von ursprünglich 7.000 auf 25.000 angestiegen. Daneben macht Indien noch ausführlicheren Gebrauch von seinem Recht, Zivilbeamte in den Norden Sri Lankas zu entsenden, die dort gemeinsam mit den indischen Truppen Ordnungsaufgaben übernehmen.

China äußert inzwischen bereits offen seinen Verdacht, daß die indische Regierung angesichts des Dilemmas, in das sie geraten ist, ihre "Intervention" möglicherweise noch weiter verstärken werde. Das alte Mißtrauen Beijings, Indien könne versuchen, seine Nachbarstaaten stärker unter Kuratel zu nehmen, erhält damit neue Nahrung (BRu 1987, Nr.36, S.12 ff. und 1988, Nr.2, S.26 ff.). -we-

***(9)
Der Stand der sino-indischen
Verhandlungen**

Mitte November trafen sich die Delegierten beider Seiten auf der Ebene stellvertretender Außenminister zur achten Gesprächsrunde, die sich diesmal ganz auf die Grenzfrage konzentrierte und die, wie es heißt, in freundlicher Atmosphäre verlief (XNA, 17.11.87 und Radio New Delhi in SWB, 19.11.87). Für 1988 wurde auch bereits die neunte Runde eingepplant.

Zwar habe die achte Runde zu keinen konkreten Ergebnissen geführt, doch das entspannte Klima lasse Hoffnungen für eine Verbesserung der seit 1962 so gespannten bilateralen Beziehungen zu. China wies auch diesmal auf die von ihm gewünschte Paketlösung hin (Verzicht Chinas auf die Gebiete im Ostabschnitt gegen Überlassung der Territorien im Westabschnitt), doch fühlt sich die indische Regierung nach wie vor an die 1962 im Zusammenhang mit dem Grenzkrieg verabschiedete Resolution des indischen Parlaments gebunden, keinen Zentimeter "indischen Bodens" preiszugeben.

Die indische Seite weist auf eine Inkonsistenz in der chinesischen Argumentation hin: China verweigere zwar der 1940 zwischen dem damaligen China, Großbritannien und Tibet geschaffenen McMohan-Linie die Anerkennung, habe jedoch 1961 den damals mit Birma bestehenden Grenzstreit auf der Grundlage der McMohan-Linie gelöst.

Auf indischer Seite wünscht man inzwischen, daß die Gespräche auf eine noch höhere politische Ebene gehoben werden; weiterhin sei es wünschenswert, einen neuen nationalen Konsens herbeizuführen, der eine etwas flexiblere Verhandlungsposition gegenüber China zulasse (Neu-Delhi in MD Asien, 7.12.87, S.6). Die gegenwärtige Gesprächsrunde läuft bereits seit dem 10. Dezember 1981.

Zwei neue Konflikte trüben zur Zeit das bilaterale Verhältnis, nämlich die Unterstützung des Dalai-Lama durch Indien, die an eine chinesische Wunde rührt, und die indische "Intervention" in Sri Lanka, mit dem China seit Anfang der 70er Jahre enge Beziehungen unterhält. -we-

***(10)
Keine chinesischen Waffenlieferungen an philippinische Aufständische**

In der philippinischen Presse waren Ende 1987 Gerüchte aufgekommen, daß die VR China nach wie vor Waffen an die philippinischen Kommunisten liefere. Als diese Behauptung gar in Erklärungen der philippinischen Regierung einging, sah sich das chinesische Außenministerium zur Stellungnahme gezwungen. Ein Sprecher erklärte dazu, daß "China und die Philippinen sich hervorragender Beziehungen erfreuen. Die chinesische Regierung mischt sich niemals in die inneren Angelegenheiten der Philippinen ein. Es gibt überhaupt nichts derartiges wie die sogenannte Verschiffung chinesischer Waffen an die Philippinen. Wir haben der philippinischen Regierung entsprechende Klarstellungen zukommen lassen." (XNA 18.11.87). -we-

**AUSLÄNDER IN
DER VR CHINA**

***(11)
Informationszentrum am Beijinger
Flughafen**

Am 9. November 1987 wurde im Flughafen der Hauptstadt das "Beijinger Informationszentrum für Touristen" eröffnet, dessen Aufgabe darin besteht, Einzelreisenden und kleinen Reisegruppen zu helfen. Die Mitarbeiter sprechen englisch, sind fachlich ausgebildet und verfügen über Computer-Unterstützung. Informationen werden hauptsächlich erteilt über Reisebüros und Hotels, Restaurants, Geschäfte, Telefonnummern, Touristenziele, Adressen der Staatsorgane, der Massenmedien, Hochschulen, Universitäten und Krankenhäuser, Adressen und Telefonnummern der ausländischen Botschaften, Handelsvertretungen, Pressevertretungen, Luftverkehrsrepräsentanzen usw. sowie Adressen und Telefonnummern von Taxi-Gesellschaften, Start- und Ankunftszeiten der Linienflugzeuge, Fahrpläne etc. -we-

***(12)
Die Zahl der ausländischen Studenten in China steigt**

In den vergangenen neun Jahren hat China über 10.000 ausländische Studenten aus 114 Ländern und Regionen ausgebildet. Die Studentenzahl ist im Steigen. Allein 1987

sind rd. 3.000 ausländische Studenten ins Land gekommen, fünfmal so viele wie 1970. Ursprünglich konzentrierten sich Ausländer hauptsächlich auf das Studium der chinesischen Sprache. Inzwischen besteht aber auch Interesse für Geschichte, Medizin, Wirtschaft, Recht und andere Fächer. Mehr als die Hälfte der ausländischen Studenten erhalten Stipendien der VR China - 1987 fast alle 3.000 (XNA, 13.11.87). -we-

Innenpolitik

***(13)
23. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK**

Der Ständige Ausschuss des VI. NVK trat vom 12. bis 24. November 1987 zu seiner 23. Sitzung zusammen. Das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China faßte u.a. folgende Beschlüsse:

- Annahme des Rücktrittsgesuchs von Zhao Ziyang vom Posten des Ministerpräsidenten und Ernennung von Li Peng zum amtierenden Ministerpräsidenten.
- Verabschiedung des Organisationsgesetzes für die Dorfbewohnerkomitees, das am 1. Juni 1988 probeweise in Kraft treten wird (Text in: RMRB, 25.11.87).
- Verabschiedung der Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (Text in: RMRB, 25.11.85)
- Verabschiedung eines Berichts des Rechtsausschusses über den Stand und die Ansichten bezüglich der Überprüfung und Einordnung der vor 1978 erlassenen Gesetze (Text in: RMRB, 26.11.87).
- Annahme des Rücktrittsgesuchs von Wang Zhaoguo von seinem Posten als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. Wang, der seit September 1987 Gouverneur von Fujian ist, darf nach dem Organisationsgesetz des NVK als Regierungsbeamter nicht gleichzeitig Mitglied im Ständigen NVK-Ausschuß sein.